



Zwei Jahre Gewerkschaftseinheit aus ost-westlicher Sicht

NEUE KONZEPTE UND VERPASSTE CHANCEN

Zwei Jahre HBV in Thüringen, das ist auch der schwierige Versuch, östliche und westliche Denkartens zusammenzubringen, während eine ganze Wirtschaftsstruktur zusammenbricht. Den Versuch einer Bilanz wagen Elke Lütz (39), Betriebsratsvorsitzende beim Rewe-Großhandel, und Bodo Ramelow (36), Landesgeschäftsführer der HBV Thüringen, im Ausblick-Gespräch.

Westliche Funktionäre haben ihre westlichen Strukturen mitgebracht. Hat sich die Gewerkschaft bei der Kolonisierung des Ostens überhaupt von anderen Organisationen unterschieden?

Elke Lütz: In der Gewerkschaft ist noch am meisten geblieben wie es war. Sie setzt sich aus Mitgliedern zusammen, es werden Gremien gewählt, Pläne aufgestellt, Rechnung abgelegt. Grundsätzlich anders ist nur, daß die Gewerkschaft jetzt Tarifautonomie hat und die Lohn- und Gehaltsentwicklung direkt beeinflussen kann.

Bodo Ramelow: Ich würde es für uns nicht gelten lassen, daß wir ungeprüft westliche Modelle über-



Bodo Ramelow

nommen haben. Unser ganzer Landesbezirk ist nach völlig anderen Kriterien entwickelt worden. Wir haben Bezirksvorstände gebildet, dort stellen Ehrenamtliche die Mehrheit. Diese sind gleichzeitig auch im Landesbezirksvorstand. Wir haben sieben Branchen-Vorstände gebildet, das gibt es in dieser Form weder in westlichen noch in anderen östlichen Landesbezirken. Diese bilden gemeinsam mit den Bezirksvorständen den Landesbezirksvorstand. Das ist unsere horizontal-vertikale Vernetzung: die Branchenebene macht automatisch die Tarifarbeit. Ich bin gerade in einer Landesfachgruppe überstimmt

worden, als es darum ging, ob wir einen Tarifvertrag kündigen oder nicht. Die Kollegen aus den Betrieben haben gesagt, sie sehen es anders als ich. Diesem Votum habe ich mich nicht nur zu unterwerfen, sondern ich finde es sehr wichtig, so einen Diskussionsprozeß zu haben.

Ist es nicht doch so, daß in der Praxis die Hauptamtlichen durch ihren Wissens- und Zeitvorsprung die Politik dominieren?

Elke Lütz: Wenn ein Problem auf den Tisch kommt, wird im Vorstand darüber diskutiert und abgestimmt. Es wurde dort noch niemand unter Druck gesetzt.

Vor der Wende ist viel von neuen Feldern der Gewerkschaftspolitik gesprochen worden. Danach hat man sich auf die klassischen Themen Tarifpolitik und Kampf gegen Arbeitsplatzabbau beschränkt. Ist die Gewerkschaft durch die Einheit zurückgeworfen worden?

Bodo Ramelow: Ja. Die Einheit hat uns als Gewerkschaften im Westen kalt erwischt. Sie war nicht für möglich gehalten worden. Dann hatte man als Gewerkschaftssekretär plötzlich im Osten Massen von Zuhörern. Von ihnen kam immer wieder die Erwartung nach Geld und mehr Geld. Ich habe bei vielen Vorträgen vor den sozialen Entwicklungen gewarnt, das ist mir nicht geglaubt worden. Dort wo wir gesagt haben, Geld sei nicht alles, wichtig seien auch Strukturkonzepte und ähnliches, haben die Kollegen uns unglücklich angeschaut und gesagt, so schlimm könne das nicht werden. Es gab einen naiven Kinderglauben, daß bald die Landschaften blühen, weil der Kanzler es gesagt hat.

Es gibt einen objektiven Druck auf uns, um Prozesse zu kämpfen, aber es ist auch ein Stück weit eine historische Chance vertan worden. Wir hätten über neue Formen von Tarifpolitik ansetzen müssen. Wir hätten juristisch und politisch abgestimmt gegen die Treuhand vorgehen können. Mit den Möglichkeiten in den westlichen Gewerkschaftszentralen hätte man mehr bewegen können, als buntes Papier zu bedrucken oder Betriebsverfassungsgesetze zu verteilen. Wenn sich heute Betriebsräte der Treuhandbetriebe aus ihrer Hilflosigkeit heraus selbst organisieren, zeigt das auch das Versagen der Gewerkschaften, brachenübergreifend zu denken. Das ist für uns ein Warnsignal.

Wollten die ehrenamtlichen Kollegen aus dem Osten mehr als das, was von der Gewerkschaft erreicht wurde?

Elke Lütz: Man ist jeden Tag mit so vielen neuen Problemen überrannt worden, daß man sich darüber überhaupt keine Gedanken machen konnte. Uns ist das Betriebsverfassungsgesetz übergestülpt worden.



Elke Lütz Fotos: Fromm

Das war alles völlig neu. Es ist heute noch für viele schwierig zu verstehen, warum es so einen Haufen Tarifverträge gibt. Früher gab es ein Arbeitsgesetzbuch, das galt für alle, das kannte jeder in groben Zügen. Jeder wußte, wann er einen Haushaltstag bekam oder wie lange er arbeiten mußte. Heute hat jeder Bereich einen anderen Tarifvertrag, der Großhandel einen, der Einzelhandel einen anderen. Viele Leute können den Tarifvertrag gar nicht lesen, die schauen hinein und fragen trotzdem, wie dies oder jenes geregelt ist. Beim Betriebsverfassungsgesetz gibt es viele Auslegungsmöglichkeiten, das muß man auch erstmal verstehen. Den Spielraum dazwischen muß man erst erkennen, bevor man ihn ausschöpfen kann.

Hätten die Ostdeutschen mehr eigene Vorschläge einbringen müssen, statt die bestehenden Gesetze der Bundesrepublik zu übernehmen?

Elke Lütz: Einiges von den vorhandenen Strukturen, wie das Arbeitsgesetzbuch, hätte beibehalten werden können. Das war für uns einfacher. Es müßte dann nicht jede einzelne Tarifkommission um bestimmte Regelungen streiten.

Im Moment stagnieren die Mitgliederzahlen von HBV. Ein Teil ist nur noch formal Mitglied, ohne Beiträge zu zahlen. Wo liegen die Ursachen?

Bodo Ramelow: Anfangs gab es noch betriebliche Zusammenhänge. Die neugewählten Betriebsräte gingen durch die Reihen und sagten,

„gell“ wir sind doch alle in der Gewerkschaft. 90 Prozent der Kollegen haben ihre Aufnahmescheine ausgefüllt, weil sie dachten, die Gewerkschaft werde sie schützen. Man hat auch Erwartungen an uns gehabt, die nicht erfüllbar waren. Mit dem Zusammenbruch der Strukturen und der Kontaktlinien zum Mitglied, sind viele desillusioniert worden. Ein Teil, der über die Betriebe kassiert wurde, ist nicht mehr kassiert worden. Sie sind auch von sich aus nicht gekommen. Deshalb zahlen bis zu 25 Prozent der registrierten Mitglieder keine Beiträge mehr. Das macht uns Sorgen.

Hinzu kommt, daß unsere hier aufgebaute Organisation jetzt zum ersten Mal Gewerkschaftsarbeit unter westdeutschen Bedingungen machen muß. Und das mit Menschen, die durch und durch voller Angst sind, nämlich mit Neueingestellten in neuen Betrieben. Jetzt wird es problematisch, weil wir um jeden Neueintritt ringen müssen, weil wir dreimal hinfahren müssen, um jemanden zu finden, der Betriebsratsarbeit macht. Wir stehen vor der größten Herausforderung, ob es uns gelingt, in den nächsten zwei Jahren durchzuhalten, um in den Branchen überhaupt noch den Fuß drin zu halten.

Viele Ostdeutsche sind arbeitslos, die Treuhand macht weiter die Betriebe platt. Führt das zur Stimmung, die Gewerkschaft könne auch nichts erreichen?

Elke Lütz: Die Leute haben eigentlich nie den Glauben gehabt, daß die Gewerkschaft gegen die Treuhand ein Machtinstrument hat, um Massenentlassungen abzuwenden. Das kann sie nicht leisten. Früher stand die Gewerkschaft nicht gegen den Arbeitgeber, also die Regierung, sie war eigentlich nur ihr Hängel. Daher besteht gar nicht die Forderung, daß sich die Gewerkschaft von vornherein gegen die Arbeitgeber stellt. Es wurde erwartet, daß sie auf der Seite der Mitglieder steht und versucht, sie in ihren berechtigten Interessen zu unterstützen, etwa beim Betriebsübergang. Es wird nicht die Forderung gestellt, daß sie sich gegen die Treuhand stellt.

Ausblick: Weshalb ist das Interesse gering, in die Gewerkschaft einzutreten?

Elke Lütz: Viele sehen den Beitrag und sind der Meinung, daß sie keine angemessene Leistung dafür bekommen. Sie sehen nicht den Zusammenhang zwischen ihrem eigenen Beitrag und der Stärke der Gewerkschaft als Tarifpartner. Erst wenn sie gegen ihren Arbeitgeber vertreten werden wollen, weil sie einen berechtigten Anspruch einklagen wollen, stellen sie fest, daß sie Gewerkschaftsmitglied sein müssen, weil sie sonst ihren Anwalt selber bezahlen müssen.